

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 31

Halle (S.), Sonnabend, 10. Oktober 1925

1. Jahrgang

## Handelsminister Schreiber über die Wirtschaftslage

### Die Entwicklung unseres Flugwesens — „Wirtschaftspolitik mit dem Blick auf die Gesamtheit“ — Sorgfältige Sozialpolitik — Zölle und Steuern — Verwaltungsreform.

Der Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Halle-Merseburg, der Reichliche Handelsminister Dr. Schreiber, hielt vor einigen Tagen bei Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbedirektion im Reichstag eine große angelegte Rede, deren Gedankengang wir unten Lezern nachfolgend wiedergeben:

Der Minister wies darauf hin, daß 900 000 Mark Mehrausgaben für die Unterhaltung der See- und Binnenschiffe vorgesehen sind, und daß die Mehrzahl für den Kauf und die Reparatur von 32 Millionen Mark erforderlich. Die Wirtschaft soll immer noch mit der Wirtschaftspolitik der Reichsregierung durch ein Gesetz auf erträgliche Grenzen zurückgeführt werden. Der Minister kam dann auf das

#### Flugwesen

nd auf die Einschränkungen durch den Vertrag von Locarno zu sprechen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß man bei den jetzt beginnenden Pariser Verhandlungen die Länder einander so nahe bringen könne, daß auch auf diesem Gebiete die unerbittlichen Bestimmungen des friedlichen Flugverkehrs für Deutschland erfüllt werden. Nach den bisherigen Zahlen für 1925 ist damit zu rechnen, daß sich die Zahl der auf deutschen Flugzeugen befördernden Passagiere ebenso wie die Zahl der Frachtposten und die Größe der zurückgelegten Strecken vervielfacht hat. Bei den Verhandlungen der

#### Handelsverträge

elle die Regierung immer wieder den Gesichtspunkt in den Vordergrund, daß Wirtschaftspolitik mit dem Blick auf die Gesamtheit und nicht auf die Sonderinteressen einer Kleinen, aber tüchtigen Einzelgruppe der Wirtschaft zu betreiben ist. Eine

#### Sorgfältige Sozialpolitik

im Interesse der Zukunft unseres Volkes eine nationale Aufgabe, daß diese die Sozialpolitik nicht schematisieren. Bei der Verleihung der Promotions-Erlaubnis für die Handelshochschule Berlin ande es sich um nichts anderes, als um ein Recht, wie bereits den wirtschaftlichen Fakultäten, der Handelshochschule Berlin entsprechen, den Handelshochschulen in Bonn und Frankfurt a. M. seit einiger Zeit zuteil.

#### Der Minister kam dann auf das

Verhältnis Preußens zu der Reichsbahn-Gesellschaft zu sprechen. Die Rechte Preußens seien stark

eingeschränkt. Man müsse darauf achten, daß der Preußen verlebene geringe Einfluß irgendwie nicht noch weiter beschränkt wird. In der Elektrizitätsversorgung und bei der Gefahr, daß sich Monopole bilden, die den Verbrauchern einseitig die Preise vorzuschreiben könnten. Der staatliche Einfluß müsse hier eine solche Entwicklung zu verhindern suchen.

#### Was die

#### Wirtschaftslage im allgemeinen

angehe, so sei die zu erwartende Entwicklung sehr unübersichtlich. Ein düsterer Pessimismus sei jedenfalls ebenso bedenklich wie ein Optimismus. Evidentlich sei, daß sich auf dem Gebiete der

#### Kohlenwirtschaft

in letzter Zeit eine Verbundung zum Besseren eingestellt habe. In Oberschlesien ist die Förderung stark gesteigert worden, und die Halben konnten fast reiflos geräumt werden. Auch im niederschlesischen Kohlengebiet habe sich die Lage im Monat September gebessert, und im Ruhrgebiet dürfe der Tiefstand zum mindesten erreicht sein.

#### Der Minister ging dann auch auf die

#### Neuordnung der deutschen Zollpolitik

ein. Er wies darauf hin, daß die deutsche Ernte in diesem Jahre wesentlich besser sei, und daß dadurch wohl nicht nur eine Belebung des inneren Marktes, sondern auch eine Verminderung der Einfuhr herbeigeführt werden könne. Das sicherste Mittel, die Ausfuhr zu heben, und die Einfuhr einzuschränken, wäre die

#### Senkung der deutschen Zölle.

In der Wirtschaft sehe sich ein gewisser Ausweichungsprozeß weiter durch. Monatelang würden jetzt ungefähr 800 Kontingente neu eröffnet. Das entspräche etwa dem Zustand der Vorkriegszeit. Auf diesem Wege würde sich wohl alsdann wieder der Grundfalsch durchsetzen: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“.

#### Im Interesse des Preisabbaues sei dringend eine

#### Erleichterung der Steuerlasten

zu wünschen. In seinem Ministerium seien in den letzten Tagen Erhebungen angestellt worden, die ergeben haben, daß die Steuerlast gegenwärtig im Durchschnitt mindestens das Fünffache der Vorkriegszeit beträgt. Das Ist-Aufkommen an Steuern betrage

in den ersten fünf Monaten des laufenden Etatsjahres im Reiche einen Ueberschuß von nicht weniger als 382 Millionen Mark. Die Aufgabe der Länder müsse es sein, bei der Neugestaltung der

#### Gewerbesteuer

darauf hinzuwirken, daß diese Steuer nicht so stark mißbraucht wird, wie es durch manche Gemeinden geschehen ist und noch geschieht.

#### Der Handelsminister sieht in einer entschiedenen

#### Verwaltungsreform

einen geeigneten Weg zur Herabsetzung der gewaltigen Lasten der Wirtschaft. In den Industriegebieten dürfe die Eingemindungsfrage zur Durchführung einer größeren Wirtschaftlichkeit der Verwaltung nicht weiter zurückgestellt werden. Die Klagen über die Höhe der Eisenbahntrahnen seien verständlich. Man müsse aber berücksichtigen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft mit einer ungeheuren Pensionslast belastet sei. Auf 339 000 aktive Beamte kommen bei der Deutschen Reichsbahn gegenwärtig nicht weniger als 230 000 Beamte im Ruhestand. Es werde daher eine allgemeine Tarifherabsetzung zur Zeit kaum erreichbar sein. Der Minister erklärte aber, die Reichsbahn müsse sich entschließen, mehr als bisher Sonderabläufe einzuräumen und die jetzige Stafflung der Tarife nachzuprüfen.

Die Produktion in Deutschland werde erheblich belastet durch

#### das hohe Zinsniveau.

Die Herabsetzung der Zinsen werde erwünscht, weil die von den Banken ausgehenden Gelder zu nicht unwillkommenen Teilen aus dem Auslande flammen und infolgedessen bestimmte Zinsverpflichtungen vereinbart worden seien. Sehr erfreulich sei

#### der Spartrieb,

der sich langsam wieder entwickle. Im ersten Halbjahr 1925 seien pro Kopf, auch unter Berücksichtigung der Geldentwertung, höhere Einlagen bei den Sparkassen gemacht worden als vor dem Kriege. Der Minister schloß seine Rede mit dem Hinweis, daß doch gewisse

#### Anzeichen der Gesundung

der deutschen Wirtschaft vorliegen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß sich diese Anzeichen deutlicher abheben werden, wenn die Pariser Verhandlungen in Locarno zur Befriedung Europas und zur Befreiung Deutschlands führen.

## Störenfriede.

Zwei Elemente haben den Beginn der Konferenz von Locarno schwer, doch nicht zu verhindern noch die Verhandlungen zu gefährden vermocht: die Russen und die Deutschnationalen. Der

#### Reichsminister in Berlin

at die Militären in große Aufregung versetzt; sie sprachen von einer „Bombe“, ähnlich dem Kapsel-Bertrag der Konferenz in Genoa. Deutschland hat keineswegs die Absicht, um des Komplexes willen den nachstehenden Frieden Europas zu gefährden, und bedankt sich vielmehr für die etwas stillen politischen Ratschläge des russischen Offiziers für ausmächtige Angelegenheiten. Deutschland freuen wir uns über den besorgten Eifer Reichsministers in den Abschlüssen des

#### deutsch-russischen Handelsvertrages

der allem als deutsche Beweise dafür, daß Deutschland der Welt wieder etwas gibt und etwas zu bieten vermag. So bedeutet die Stärkung von Seiten Russlands zugleich ein Attentat in unserer politischen Hauswirtschaft, was von den deutsch-nationalen Totalitaristen leider nicht verstanden kann.

#### Ueber die sogenannten

#### Kriegsschuldfrage

nd sich die Deutschen fast aller Parteien einig; nicht aber über die Wirkungsvollste Art ihrer Bekämpfung. Wir erwarten die Klärung dieser Frage einzig von der wissenschaftlichen Forschung; die Deutschnationalen ansiehend, sonst hätten sie sich an dieser Arbeit intensiver beteiligt. Wenn man aber das Heil von einer diplomati-

### Reichsminister a. D. Hugo Preuß †

(Eig. Telegramm.)

**Wir erhalten soeben die Nachricht, daß Minister Preuß in vergangener Nacht plötzlich verstorben ist.**

sehen Aktion erhofft, dann sollte man diese Offensive etwas weniger ungeschickt beginnen, als es hier geschehen ist. So lange die Deutschnationalen die Erfüllungspolitik mitmachen, ging alles glatt vonstatten. Als die Regierung zum ersten Male ihren Wünschen und Direktiven folgte, haben wir eine peinliche außenpolitische Niederlage erlebt. Wäre die Konferenz an dieser einzig auf die deutsch-nationalen Wähler berechneten Geleise gescheitert, es wäre dieser verantwortungsbehafteten Partei nur lieb gewesen; denn das hätte sie nur aus einer fatalen Zwangslage befreit. Was liegt ihr an der Befriedung Europas? Was ist ihr Gebuda? Man wundert sich über-

haupt, daß diese Partei solchen Wort auf das Reimwaisen von einem Mafel legt, den sie sonst garnicht als solchen empfindet. Sie hält die Entfesselung eines für „nationalen“ Interesses zu führenden Kriege als höchstwertig, wohl aber den Pazifismus für ein Verbrechen! Daher brennt in Wahrheit die Klärung dieser Frage viel heißer, denn auf dem Herzen, denn der Krieg und seine Anklage wirklich das schwerste Verbrechen bedeuten. Unser Volk vom ungerechten Vorwurfe der Urheberlichkeit am Weltkriege zu befreien, ist unser Bestreben. Die Deutschnationalen aber haben, wie der Gesandte in Porzellananden soeben alles entzwei getrampt, was in mühseliger Arbeit auf diesem Gebiete bisher aufgebaut wurde.

Selbst die „Deutsche Zeitung“ ruft aus: „Wir haben uns blamiert, grenzenlos blamiert, und unsere Regierenden sind noch dabei stolz auf das, was wir ihrer Meinung nach erreicht haben!“ Diefelbe „D.Z.“ weilt recht richtig nach, daß das Kabinett Bauers-Graberger-Müller (Franken) einen weit wirkungsvolleren Protest gegen die Kriegsschuldfrage insgesamten habe, als die jetzige „national“ Regierung. Wir haben uns selbst denmaßen in Einklang mit der „D.Z.“ befinden und möchten nur noch ergänzend hinzufügen, daß vor allem das Kabinett Bauers-Graberger-Müller (Franken) die Regierung Marx — nicht die grenzenlose Torheit begangen haben, die Militären zu einer Antwort und folglich zu einer erneuten Festlegung auf die Kriegsschuldfrage des Versailles Vertrages zu veranlassen. Das „Gewissen“ nennt den Schritt in der Schuldfrage einen „großen Reinfall“ und fügt hinzu: „Alle Ausrede, daß die Verhaftung als einseitiger Akt keine Rücksicht auf die unverständliche Behandlung von außen zu nehmen brauche und man mit einer solchen lauberen Reaktion der Gegner auf alle Fälle rechnete, ist eben unpolit-



# Das neue Wahlgesetz für Provinziallandtage und Kreistage.

Die für den 29. November anberaumten Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen finden nach einem neuen Wahlgesetz statt, das im Vergleich zu dem vom 23. 12. 1920 bisher in Geltung gewesenen wesentliche Änderungen enthält.

Der bisherige Verfassung, daß in den Provinziallandtagen eine große Reihe von Kreisen und in den Kreistagen häufig wichtige Kreisteile unterrepräsentiert blieben, wird durch das neue Wahlgesetz möglichst eingetrenkt.

Für die Gesamtzahl der auf die Provinz nach Maßgabe der Einwohnerzahl entfallenden Abgeordneten sind getroffene Aufstellung 113 Sitze ergeben. Dabei entfallen auf den Regierungsbezirk Magdeburg 45, auf Verzebu 49 und auf Erfurt 19 Abgeordnete. Zum Provinzialwahlleiter ist der Landesbauplanm D. Hübner, zu Wahlkommissaren sind in den einzelnen Wahlbezirken die Landräte bzw. die Oberbürgermeister ernannt.

Die Zahl der Kreisstaatsabgeordneten beträgt in Kreisen mit 30 000 oder weniger Einwohnern 20. Sie erhöht sich in Kreisen mit 30 000 bis zu 50 000 Einwohnern für jede angefangene 5 000 und in Kreisen mit mehr als 50 000 Einwohnern für jede angefangene weiteren 10 000 um je einen Kreisstaatsabgeordneten.

Alle über 20 Jahre alten reichsdeutschen Männer und Frauen, die ihren Wohnsitz im Gebiete der Provinz (des Kreises) haben, sind wahlberechtigt und nach Vollendung des 25. Lebensjahres wählbar.

Die Stimmzettel werden amtlich hergestellt. Sie müssen alle ungelassenen Bezirkswahlvorläufe (Kreiswahlvorläufe) enthalten.

Die Bezirkswahlvorläufe (Kreiswahlvorläufe) müssen von mindestens 10 Wahlberechtigten unterschrieben sein. Die Wahlvorläufe sind bei den oben bezeichneten Wahlkommissaren bis zu einem von diesen festzusetzenden Termin schriftlich einzureichen und von einem Vertrauensmann und dessen Stellvertreter zu unterzeichnen.

Die Bezirkswahlvorläufe für die Provinziallandtagswahlen, auch aus verchiedenen Wahlbezirken, sind mit einem gemeinsamen Kennwort, für uns: „Deutsche Demokratische Partei“, zu versehen und gelten damit anderen Bezirkswahlvorläufen gegenüber als verbunden. Unzulässig ist dagegen eine Verbindung der Kreiswahlvorläufe.

Eine sehr wesentliche Änderung des Gesetzes besteht in folgendem: Wenn ein Abgeordneter die Wahl ablehnt oder vor Ablauf der Wahlfrist ausreicht, oder wenn die Wahl eines Abgeordneten für ungültig erklärt wird, so kann die Mehrheit der wahlberechtigten Unterzeichner eines Wahlvorlaufes die Reichefolge, in der das Nachrücken für das erledigte Mandat erfolgt, ändern. Das heißt also, daß den Unterzeichnern des Wahlvorlaufes ein während der Legislaturperiode dauerndes Mitbestimmungsrecht über die Nachbesetzung von Mandaten zugesprochen wird.

Am bei Einreichung von Wahlvorläufen dem Einbringen kleiner und kleiner Splitterparteien zu ferner, werden bei der Verteilung der Mandate nur solche Gruppen berücksichtigt, die entweder an abgegebenen gültigen Stimmen in einem Wahlbezirk mindestens die Verteilungszahl oder insgesamt mindestens die doppelte Verteilungszahl erhalten haben.

Zur Ermöglichung dieser Verteilungszahl wird zunächst die Gesamtzahl der in der Provinz abgegebenen gültigen Stimmen durch die vorher festgesetzte Zahl der Abgeordneten geteilt und auf diese Weise bestimmt, auf wieviel gültige Stimmen ein Abgeordneter entfällt. Dann werden die Abgeordneten auf die Wahlvorläufe mit gemeinsamen Kennwort verteilt, soweit sie sich durch die Verteilungszahl teilen lassen, und hierauf die übrigbleibenden Reststimmen berücksichtigt.

Im Anschlag daran erfolgt dann die Verteilung der Abgeordneten innerhalb eines Regierungsbezirks auf die Gruppen mit einem gemeinsamen Kennwort und auf die einzelnen Bezirkswahlvorläufe.

Daß die Wahlen zum Provinziallandtag und Kreistag von nicht geringerer Bedeutung sind, als die Wahlen zu den großen Parlamenten, sei nochmals unterstrichen. Die Reichsparteien gehen bereits die Parole aus, daß sie versuchen wollen, durch Provinziallandtag und Kreistage Kreuze von unten aus zu erobern, nachdem ihnen dies im Preussischen Landtag vorgebehalten. Gegen diese Veruche muß mit aller Energie von uns angeklämpft werden. Besonders aber müssen auch die Frauen den Wahlen zum Provinziallandtag und Kreistag das größte Interesse entgegenbringen. Die Aufgaben beider Körperschaften auf dem Gebiet von Wohlfahrtsvereinigungen und Angelegenheiten der Schule sind von starker Bedeutung. Beide Parlamente sind überhaup als „Sprachrohr der Bevölkerung unserer engeren Heimat“ und dürfen nicht wieder wie vor dem Kriege, zur Domäne der Herrschaft jener Leute werden, die jeden Andersdenkenden als nationalgefeindlich beschimpfen. Dazu kommt, daß die Wahlen zu den Provinziallandtagen und Kreistagen unter den politischen Verhältnissen als

## Stimmungsbild der Wählerchaft

gegenüber den Wortführern der Reichsparteien in der inneren Politik und dem jämmerlichen Zusammenbruch nationalistischer Kräfte in der äußeren Politik gelten werden. Ebenso bieten sie Gelegenheit, mit der Steuer- und Zollpolitik der Reichsparteien, die zu einer untraglichen Verleierung der Lebenshaltung und der Produktion und damit zu einer Lähmung des deutschen Wirtschaftens geführt hat, abzurufen. Alle demokratisch gesinnten Wähler und Wählerinnen müssen ihre Pflicht tun, die Verteilungen und von jenen, die sich der Nationalisterei über all und von Mund zu Mund werden für die Parole; Gegen die nationalistischen Wortführer!

J. Dornblith.

## An unsere Leser!

Wir bitten unsere Leser herzlich, mindestens einen neuen Abonnenten für unser Blatt zu werben! Sie müssen uns helfen, daß wir vorwärtskommen!

Die Neuabmeldung eines neuen Abonnenten erfolgt am besten auf dem Postamt im Wohnort des Bestellers, indem Name und Adresse des Neuanzunehmenden schriftlich angegeben und der Abonnentenpreis für einen Monat (50 Pf.), zugleich 6 Pf. Porto beifügt, also zusammen 56 Pf.) dort eingekassiert wird. Die Neuabmeldung ist bis spätestens 25. d. M. stattzufinden; nach dem 25. berechnet die Post eine Sondergebühr von 20 Pf. Dem Postboten des Bestellers ist einzuschreiben, daß er am Monatsende das Abonnement automatisch erneuert.

Wir rechnen auf Ihre bereits bewiesenes Interesse, wir brauchen Ihre Hilfe!

Schriftleitung und Verlag.

Hausfrau und die Jolle“, den alle Interessenten im Parteienbüro erhalten können.

Gräfin Dohna sprach dann noch über die bevorstehenden Provinzial-Landtags- und Kreisstaatswahlen. Der zweite Vortragsabend brachte eine Besprechung von Paragraph 218. Den eingehenden Berichten von Frau Dr. med. Schröder, Deligisch und Frau Bennewitz Halle folgte eine lebhaftige Aussprache über dieses schwierige Thema, das alle Frauen zu ernsthaftem Nachdenken veranlassen sollte. Eine Aufhebung des Paragraph 218 wurde von beiden Referentinnen abgelehnt, eine Milderung der bestehenden Bestimmungen aber bekräftigt und als wirksamsten Schutz sozialpolitische Maßnahmen empfohlen: Erleichterung der Lebensbedingungen für kinderreiche Familien, erweiterte Fürsorge für Mutter und Kind. Der dritte Vortragsabend findet am Freitag, den 16. Oktober, abends 8,15 Uhr im „Nilolaus“ statt. Frau Irma Wolff spricht über die Dresdener Tagung des Bundes Deutscher Frauenvereine, die unter dem Motto: „Der Frauempfinden in der sozial-hygienischen und Kultur-Gesellschaft“ steht.

Alle demokratischen Frauen werden gebeten, zu erscheinen. Gaste können eingeführt werden.

## Jugendmottotage - Halle.

Donnerstag, den 12. 10., abends 8 Uhr findet ein Vortrag von Frau Hub. Jür. Göhler über: „Rassenfragen statt. Versammlungstakt: Schultze-Richtmann, Merseburger, Freitag, 10. Okt. Künftl.“ Anschließend an den Vortrag veranstalten wir eine Reichstagsmodellierung. Nach Schluß des offiziellen Teils noch geistliches Beisammensein.

Wir erwarten, daß alle an diesem Abend, der ein sehr reichhaltiges und interessantes Programm enthält, erscheinen. Bringt Freunde und Bekannte mit!

## Republikanischer Frauenabend Halle.

Sonabend, den 17. Oktober, abends 8 Uhr, im großen Saal des „Volksparter“ Feier des 1. Stiftungsfestes. Eintritt 50 Pf. Beirertrag wird zu Gunsten der durch das Inwetter bei Geschäftlich-Geldigen verwendet. Im zahlreichen Besuch wird gebeten. Gaste willkommen.

## Deutsche Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Halle.

Die angekündigte Mitgliederveranstaltung mußte leider verschoben werden. Sie findet nunmehr am Freitag, den 16. Oktober, abends 8 Uhr im „Schwarzen Wirt“ statt. Vortrag von Redakteur Hohbitz: „Der Pazifismus und seine Richtungen.“ — Gaste willkommen.

jurde. Die christlichen Elternvereine haben bei ihrer Agitation niemals von einer Bekennnisschule gesprochen, sondern zumeist allgemeingültige Ziele aufgestellt, die jede Partei unterstreichen konnte. Jetzt dagegen wird von der einen Seite das Bedürfnis nach der Bekennnisschule als dringende Forderung dieser Elternschaft dargestellt. In Wirklichkeit ist sich die Kirche wieder einmal ihren weltlichen Arm und benutzt die Erziehungsberechtigten, um den Staat seines Rechtes zu entkleiden.

Es war begreiflich, daß die unter den Folgen der Nachkriegszeit zu schwerleidenden Mütter jede Ausbucht auf eine sichere Erziehungsbasis erstreben und, statt aus einer Regelstellung der Gegenwart heraus den Selbstständigkeitsdrang der Jugend zu erkennen, seine Ursachen in irgendeiner religiöser Unterweisung laßen. Dabei wurde über Nacht vergessen, daß die Gemeinschaftsschule den Religionsunterricht je nach der Entscheidung der Erziehungsberechtigten bietet, daß Länder wie Baden garnichts anderes, als die Simultanschule (Gemeinschaftsschule) kennen. In geheimer Weise hat die politisch orientierte Kirche im geheimen Kampf für den Religionsunterricht innerhalb der Schule gegen die weltliche Schule schon lange für die Bekennnisschule getämpft, während es bei christlichen Protesten ganz einfach gemein wäre, sich mit der Forderung der Demokraten auf die Gemeinschaftsschule zu einigen.

Der jetzt vorliegende Reichsschulgesetzentwurf verkehrt den Sinn der Verfassungsbestimmungen in ihr Gegenteil und fordert mit rückfalliger Offenheit eine Akerifizierung des gesamten Schulwesens. Damit wurde auch der weltliche Schule als „Weltanschauungsschule“ das gleiche Recht zugestimmt. Viele Mütter verwechseln die weltliche Schule mit der Gemeinschaftsschule und wissen nicht, daß diese den Religionsunterricht in die Hände der Konfessionen legen wollte, die Weltanschauungsschule aber eine ausgeprophete Forderung des Sozialismus bedeutet. Darum wurde durch diese Spaltung in „Bekennnisschule“ und „Weltanschauungsschule“ als unumgängliche Folge der Forderungen des Reichsschulgesetzentwurfes ein Riß durch die gesamte Bevölkerung gehen und eine Entfremdung geschaffen, die gerade durch die für alle Kinder gemeinsame Volksschule beseitigt werden soll. Eine Zerstückelung der Volksschule in viele Bekennnisschulen in kleinen Gemeinden ist dann unvermeidlich. Dazu wird die Lehrerschaft zur Heuchelei erzogen, wenn sie nach ihrer sonstigen Überzeugung festgelegt und kontrolliert wird, und in ständiger Abhängigkeit von der Kirche lebt. Wie schändlich das für unsere Kinder sein muß, liegt auf der Hand. Dazu wird die Freiheit des Kindes in seinem Rechte auf eine gründliche Allgemeinbildung im Sinne der Volksgemeinschaft unterbunden. Das Kind wird gewaltsam in eine enge Form gepreßt, aus der es sich in seinem späteren Leben bei anderer Einstellung nur mit harten geistigen Kämpfen lösen kann. Damit hängt die ungebührliche Gefahr zusammen, das Kind auf religiösem Gebietes humpen zu machen, es als eine konventionelle Standespflicht hinzunehmen, sich dem Gegebenen anzupassen und später im Leben dementsprechend zu handeln.

Dieser Reichsschulgesetzentwurf trägt in keinem Teile die Schönheit noch einer Erfüllung des Volkes mit religiösen Werten in sich. Im Gegenteil: seine Forderungen entfremden breite Massen der Bevölkerung, weil die Konfessionsschule in ihrem Dogmatismus ein Zerstückelung zeigt, das mit dem wahren Kern des Christentums nichts zu tun hat. Und ist es der Kirche wirklich gleich, daß durch die Zerstückelung der Volksschule viele Kinder innerhalb der Weltanschauungsschule von jedem Religionsunterricht getrennt sind? Wie können es aber z. B. christlich denkende Sozialisten verantworten, ihre Kinder in eine Bekennnisschule zu schicken, die jede freie Entfaltung des Kindes durch Konfessionalisierung des gesamten Unterrichtes unterbinden muß.

Darum müssen die Mütter jetzt endlich wach werden, erkennen, was auf dem Spiele steht, ja das gesamte Bildungswesen der weltlichen Mütter von der Kirche erkauf wird. Es gilt darum mit allen Kräften für die alle Kinder gemeinsam umschließende Gemeinschaftsschule zu kämpfen. Denn unsere Pflicht als Mütter ist es, unseren Kindern den Weg zu bahnen, damit sie zu freien, entscheidungsfähigen Menschen heranwachsen und fähig werden, sich ihre innerliche und heilige Überzeugung in Gewissensfreiheit zu formen.

## Ans den Vereinen

### Halle.

**Dienstag, 13. 10., abends 6 Uhr** Sitzung des geschäftsführenden Vorstandes in der Geschäftsstelle.

**Donnerstag, 15. 10., abends 8,15 Uhr** Sitzung des Gesamtvorstandes im Neumarkt-Schützenhaus.

**Sonabend, 17. 10., nachmittags 3,30 Uhr** Kreisparteitag des Saalkreises. Einladungen erfolgen noch.

**Sonntag, 18. 10., vormittags 11 Uhr** Sitzung des gesamten Bezirksvorstandes in der Geschäftsstelle St. Nicolaus.

### Weißenfels.

**Freitag, 16. 10., abends 8 Uhr** große öffentliche Versammlung. Redner: Hausminister und Landtagsabgeordneter Dr. Schreiber.

### Deutschemokratische Frauengruppe Halle.

Die Vortragsabende der Frauengruppe haben wieder begonnen. In der ersten Versammlung wurde über Wohnungsnot und Feuerung gesprochen und über die bevorstehenden Provinzial-Landtags- und Kreisstaatswahlen. Die Wohnungsnot wurde als Quelle unglücklicher Elends bezeichnet, als Ursache sittlicher Verwahrlosung in weiten Kreisen unseres Volkes. Scharfe Kritik fand bei der Verwendung der Hauszinssteuer, deren Ertrag allein dem Wohnungsbau dienen müßte.

Ueber die Feuerung legte Frau Irma Wolff statistisches Material vor. Die Rednerin wies auf einen vorläufigen Aufruf von Dr. Gertrud Bäumer hin, die

Sie bitte hiermit Exemplar 	Ich bestelle hiermit 	den nachher erschickten Wertlos 
	<b>Postankunft</b>	
	für den 16. November 1925 mit Hilfe von Besonderen von monatlich 50 Pfennig wöchentlich 6 Pfennig Porto gebührt von uns empfangen	
Name Ort Straße		

**Mitteilungen**

**Sicherheit.**

Am 6. d. M. feierte Herr Regierungsrat Soupe und seine Gattin in Halle das Fest der silbernen Hochzeit. Unser Blatt bringt dem Jubelpaar noch nachträglich herzliche Glückwünsche dar.

**Neue Bücher**

Im Verlage des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe der Deutschen Demokratischen Partei ist eine Flugschrift „Drei Milliarden zu viel Steuern“ erschienen. Die Schrift enthält eine Zusammenstellung der Gedankengänge der in der Parlamentsarbeit von der demokratischen Reichstagsfraktion vertretenen Auffassung, daß nur bei grundsätzlicher Abkehr von der gegenwärtigen Finanz- und Steuerpolitik die Gesundung unserer inneren Wirtschaft

herbeigeführt werden kann. Für die eingeschriebenen Mitglieder des Halleschen Vereins steht die Schrift, soweit der Vorrat reicht, in unserer Geschäftsstelle kostenlos zur Verfügung. Die Ortsvereine im Bezirk können die benötigten Exemplare ebenfalls kostenlos von der Geschäftsstelle des Reichsausschusses für Handel, Industrie und Gewerbe in Berlin NW. 7, Dorotheenstr. 36, anfordern. Wir bitten die Parteifreunde im Bezirk, von diesem Angebot Gebrauch zu machen und die Propaganda unter den interessierten Parteifreunden zu verbreiten.

Die Bezirksgeschäftsstelle.

**Die wechselnden Launen**

der Länder und Völker äußern sich am klarsten in ihren Stilen. In der sechsten erschienenen achten Lieferung des „Kleinen Brochhaus“ finden wir zwei Tafeln, auf denen die typischen Möbelformen aller Zeiten und Völker abgebildet sind. Den Anfang der Serie macht ein wunderbar mit Blattgold und bunten Einlagen verzierter Sessel aus der Zeit des ägyptischen Königs Tutench-Amun, der vor vielen tausend Jahren gelebt hat. Das letzte Bild zeigt uns

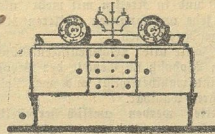
einen ganz modernen Stuhl aus dem Bauhaus Weimar, der in seiner Schönheit nur die öffentliche Linie betont. Beim Durchlesen des Festes werden wir immer von neuem überrascht von seiner Reichhaltigkeit und der völlig unparteiischen Einstellung bis auf die allerjüngsten Ereignisse. Eine anhaltende Erklärung über Zeitners Notorizität gibt uns Verständnis für diese neueste Ausnutzung physischer Gelehrte. Die Ueberflüssigen Reichsverfassung und Schulwesen sollte jeder Deutsche studiert haben. Alles in allem können wir wiederum sagen, daß der „Kleine Brochhaus“ großen Wissensstoff in sich birgt, daß er wohl kaum eine an ihn gerichtete Frage unbeantwortet läßt. Wir können jedem, der Wert auf ein wirklich gutes Nachschlagewerk legt, raten, es sich zu bestellen oder wenigstens so gering, daß die Anschaffung des Wertes auch dem Unbemittelten ermöglicht ist.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Frede Marie Gräfin zu Dohna; für den Anzeigenteil und Verlag: Deutsche Demokratische Partei. Sämtlich in Halle. Druck: Buchdruckerei der Allgemeinen Zeitung, Delitzsch.

**Möbelfabrik**

**Th. Pollak**

Halle a. Saale. Große Ulrichstr. 3



**Grosse Auswahl**

**Billige Preise**

**Zahlungserleichterung**

**Möbel-Ausstellung**

Verkauf gegen ganz bequeme Teilzahlung

- Möbel für 50 Mk. Anzahlung 10.
- Möbel für 100 Mk. Anzahlung 15.
- Möbel für 300 Mk. Anzahlung 50.
- Möbel für 600 Mk. Anzahlung 80.
- Möbel für 1000 Mk. Anzahlung 150.
- Möbel für 1250 Mk. Anzahlung 200.
- Möbel für 1500 Mk. Anzahlung 250.

Herrenzimmer  
Wohn- und Schlafzimmer  
Korbmöbel  
Kinderwagen  
Aparte Küchen  
sow. einzelne Möbelstücke  
als Sofas, Chaiselongues, Bettstellen und Matratzen, Schränke, Verklöss, Kommoden, Spiegel, Küchenschränke, Tische, Stühle usw.

Kredit nach Wunsch.  
Möbelhaus **N. Fuchs**  
Halle (Saale)  
Große Ulrichstraße Nr. 58  
I., II. und III. Etage  
(im Hause der Nordsee).  
Kein Laden!



**EIN GENIALES SYSTEM**

ist unsere Krediteinrichtung.

Wir liefern sämtliche

**Bekleidungsgegenstände**

Ihnen sofort mit kleiner Anzahlung.

**Wäsche- und Kontektlionsvertrieb,**

Halle a. S., Gr. Ulrichstraße 4, I. Etage.

Werbt neue Abonnenten!  
Gebt Adressen für kostenlose Probefieferungen auf!

**Selbstbinder**

riesige Auswahl und moderne Farben, kariert und gestreift.

**Preisliste:**

- Mk. 1.00 1.45 1.85 2.50
- 2.95 3.50 3.95 4.50

**Moritz Rosewitz**

Halle S., Steinweg 7.

**Damen- und Herren-Wäsche**

kaufen Sie bei

**J. Glücksmann**  
Halle a. S. Markt 6.

**Mustöpfe**

2	2 1/2	3 1/2	5	7 Liter
1,35	1,45	1,85	2,25	2,95

**Einlegetöpfe**

8	11	13	17	20 Liter
1,35	1,45	1,85	2,25	2,95

**Einkochapparat „Erika“** 5.95  
komplett mit Thermometer und 6 Spangen

Steinweg 45.  
Gr. Ulrichstr. 9  
Reitstr. 1.  
**Sobel**  
Eckthn. Immendorf Könnern  
Halle a. S.

**Drucklachen**

für jeden Bedarf liefern wir schnell, sauber und preiswert  
**Allg. Zeitung, Delitzsch**  
Halleische Straße 1

Inferieren erhöht den Umsatz!

**Ein Angebot von unerreichter Billigkeit!**

<b>Cheviot</b> in allen Farben, doppelt breit Meter 3.75 3.40 2.95 2.25	<b>1<sup>85</sup></b>	<b>Velour de laine</b> (Affenhaut) für Mäntel und Kostüme, in vielen Farben, la Qualität, reine Wolle... Meter 13.75 11.75 9.75	<b>8<sup>75</sup></b>	<b>Rips und Gabardine</b> la. Qualität, neueste Farben, bis 130 cm breit. Meter 10.50 9.25 7.75 6.75	<b>5<sup>25</sup></b>	<b>Kammgarn</b> für Herrenanzüge blau und farbig, la. Qualität, bis 160 cm breit. Mtr. 24.50 21.00 19.75 18.50 16.50 15.75	<b>13<sup>95</sup></b>
<b>Popeline</b> reine Wolle größte Auswahl in den modernsten Farben, 85-105 cm breit Meter 5.60 4.35 3.35	<b>2<sup>95</sup></b>	<b>Zur gefil. Beachtung!</b> Um auch der minderbemittelten Bevölkerung Gelegenheit zu den nötigen Winter-einkäufen zu geben, reservieren wir Waren, auf welche Anzahlung geleistet ist, 3-4 Wochen.		<b>Manchستر</b> in vielen Farben Meter 4.75 3.75		<b>2<sup>85</sup></b>	
<b>Flausche</b> für Mäntel, gute tragfähige Qualität Meter 11.75 10.50 9.75 8.50	<b>4<sup>65</sup></b>	<b>Herren-Ulsterstoffe</b> mit angewebtem Futter, la. Qualität Meter 28.00 26.00 24.50 19.00 16.50 14.50 10.50	<b>6<sup>90</sup></b>	<b>Herren-Anzugstoffe</b> für Sport und Straße, 140 cm breit, gute tragfähige Qualität. Met. 14.50 11.75 10.75 8.50 7.75 5.25	<b>3<sup>80</sup></b>	<b>Hosenstreifen</b> Größte Auswahl, la. Qualität Met. 21.75 19.50 17.30 16.75 15.75 11.75	<b>9<sup>25</sup></b>

Grösstes Spezialhaus am Platze für Herren-, Damen- und Seidenstoffe

**Mitteldeutsche Textil-Gesellschaft**

Halle a. d. Saale, Grosse Ulrichstrasse 12 und 52

# Politischer Wegweiser

Mitteldeutsches Wochenblatt für Freiheit und Vaterland.

Nummer 31

Halle (S.), Sonnabend, 10. Oktober 1925

1. Jahrgang

## Handelsminister Schreiber über die Wirtschaftslage

### Die Entwicklung unseres Flugwesens — „Wirtschaftspolitik mit dem Blick auf die Gesamtheit“ — Sorgfältige Sozialpolitik — Zölle und Steuern — Verwaltungsreform.

Der Landtagsabgeordnete des Wahlkreises Halle-Merseburg, der Reichliche Handelsminister Dr. Schreiber, hielt vor einigen Tagen bei Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbernahrung im Reichstag eine große angelegte Rede, deren Gedankengang wir ameren Belegern nachfolgend wiedergeben:

Der Minister wies darauf hin, daß 900 000 Mark Mehrausgaben für die Unterhaltung der See- und Binnenschiffe vorgesehen sind, und daß die Mehrzahl für Berufs- und Jagdschiffe 32 Millionen Mark erfordert. Die Wirtschaft sei noch immer zu stark mit Berufs- und Jagdschiffen überladen, die durch ein Gesetz auf erträgliche Grenzen zurückgeführt werden. Der Minister kam dann auf das

#### Flugwesen

nd auf die Einschränkungen durch den Versailleser Vertrag zu sprechen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, daß man bei den jetzt beginnenden Pariser Verhandlungen die Länder einander so nahe bringen läge, daß auch auf diesem Gebiete die unerbittlichen Annahmen des friedlichen Flugverkehrs für Deutschland erfüllt werden. Nach den bisherigen Zahlen für 1925 ist mit zu rechnen, daß sich die Zahl der auf deutschen Flugzeugen befördernden Fluggäste ebenso wie die Höhe der Frachtpreise und die Größe der zurückgelegten Strecken vervielfacht hat. Bei den Verhandlungen

#### Handelsverträge

elle die Regierung immer wieder den Gesichtspunkt in Vordergrund, daß Wirtschaftspolitik mit dem Blick auf die Gesamtheit und nicht auf die Sonderinteressen einer Kleinen, aber tüchtigen Einzelgruppe der Wirtschaft zu betreiben ist. Eine

#### Sorgfältige Sozialpolitik

im Interesse der Zukunft unseres Volkes eine nationale Außenpolitik, doch dürfte die Sozialpolitik nicht schematisiert werden. Bei der Verleihung der Promotions- und Stipendien für die Handelshochschule Berlin und es sich um nichts anderes, als um ein Recht, wie bereits den wirtschaftlichen Fakultäten, die der Handelshochschule Berlin entsprechen, den Handelshochschulen in und Frankfurt a. M. seit einiger Zeit zusteht.

Der Minister kam dann auf das Verhältnis Preußens zu der Reichsbahn-Gesellschaft zu sprechen. Die Rechte Preußens seien stark

eingeschränkt. Man müsse darauf achten, daß der Preußen verlebene geringe Einfluß irgendwie nicht noch weiter beschränkt wird. In der Elektrizitätsversorgung und behalte die Gefahr, daß sich Monopole bilden, die den Verbrauchern einseitig die Preise vorzuschreiben könnten. Der staatliche Einfluß müsse hier eine solche Entwicklung zu verhindern suchen.

#### Was die

#### Wirtschaftslage im allgemeinen

angehe, so sei die zu erwartende Entwicklung sehr unübersichtlich. Ein düsterer Pessimismus sei jedenfalls ebenso bedenklich wie ein Optimismus. Evidentlich sei, daß sich auf dem Gebiete der

#### Kohlenwirtschaft

in letzter Zeit eine Verbundung zum Besseren eingestellt habe. In Oberschlesien ist die Förderung stark gesteigert worden, und die Halben konnten fast reiflos geräumt werden. Auch im niederschlesischen Kohlengebiet habe sich die Lage im Monat September gebessert, und im Ruhrgebiet dürfte der Tiefstand zum mindesten erreicht sein.

#### Der Minister ging dann auch auf die

#### Neuordnung der deutschen Zollpolitik

ein. Er wies darauf hin, daß die deutsche Ernte in diesem Jahre wesentlich besser sei, und daß dadurch wohl nicht nur eine Verlebung des inneren Marktes, sondern auch eine Verminderung der Einfuhr herbeigeführt werden könne. Das sicherste Mittel, die Ausfuhr zu heben, und die Einfuhr einzuschränken, wäre die

#### Senkung der deutschen Preise.

In der Wirtschaft lege sich ein gewisser Ausweichungsprozess weiter durch. Man sollte nicht erwarten, daß ungefähr 800 Kontakte neu eröffnet. Das entspräche etwa dem Zustand der Vorkriegszeit. Auf diesem Wege würde sich wohl alsdann wieder der Grundrhythmus durchsetzen: „Großer Umsatz, kleiner Nutzen“.

#### Im Interesse des Preisabbaues sei die

#### Erleichterung der Steuerlast

zu wünschen. In seinem Ministerium seien Tausende Erhebungen angefertigt worden, die zeigen, daß die Steuerlast gegenmäßig mindestens das Fünftel der Erträge betragt. Das Ist-Aufkommen an

in den ersten fünf Monaten des laufenden Etatsjahres im Reiche einen Ueberfluß von nicht weniger als 382 Millionen Mark. Die Aufgabe der Länder müsse es sein, bei der Neugestaltung der

#### Gewerbesteuer

darauf hinzuwirken, daß diese Steuer nicht so stark misbraucht wird, wie es durch manche Gemeinden geschehen ist und noch geschieht.

#### Der Handelsminister sieht in einer entschiedenen

#### Verwaltungsreform

einen geeigneten Weg zur Herabsetzung der gewaltigen Lasten der Wirtschaft. In den Industriegebieten dürfe die Eingemeindungsfrage zur Durchführung einer größeren Wirtschaftlichkeit der Verwaltung nicht weiter zurückgestellt werden. Die Klagen über die Höhe der Eisenbahntrahnen seien verständlich. Man müsse aber berücksichtigen, daß die Reichsbahn-Gesellschaft mit einer ungeheuren Pensionslast belastet sei. Auf 339 000 aktive Beamte kommen bei der Deutschen Reichsbahn gegenmäßig nicht weniger als 230 000 Beamte im Ruhestand. Es werde daher eine allgemeine Tarifherabsetzung zur Zeit kaum erreichbar sein. Der Minister erklärte aber, die Reichsbahn müsse sich entschließen, mehr als bisher Sonbertarife einzuräumen und die jetzige Einstellung der Tarife nachzuprüfen.

#### Die Produktion in Deutschland werde erheblich be-

#### lastet durch

#### das hohe Zinsniveau.

Die Herabsetzung der Zinsen werde erstens, weil die von den Banken ausgehenden Gelder zu nicht unwillkürlichem Teile aus dem Auslande flammen und infolgedessen bestimmte Zinsverpflichtungen vereinbart worden seien. Sehr erfreulich sei

#### der Spartrieb,

der sich langsam wieder entwickle. Im ersten Halbjahre 1925 seien pro Kopf, auch unter Berücksichtigung der Geldentwertung, höhere Einlagen bei den Sparkassen gemacht worden. Der Minister schloß seine

#### Rede mit dem Hinweis,

daß das gewisse Ziel der Gesundung der Wirtschaft vorliegen. Er gab der Hoffnung Ausdruck, die Verhandlungen mit den Verbänden in Locarno und zur Befreiung Deutsch-

## Störenfriede.

Zwei Elemente haben den Beginn der Konferenz von Locarno schwer, doch nicht zu verhindern noch die Verhandlungen zu gefährden vermocht: die Russen und die Deutschnationalen. Der

#### Reichsminister in Berlin

t die Alliierten in große Aufregung versetzt; sie sprachen von einer „Bombe“, ähnlich dem „Kapp-Vertrag“ der Konferenz in Genoa. Deutschland hat keineswegs die Absicht, um des Sowjetreiches willen den nachbarn Eviden Europas zu gefährden, und bedankt sich öffentlich für die etwas taktlosen politischen Ratschläge des russischen Offiziers für auswärtige Angelegenheiten. Deutsch freuen wir uns über den besorgten Eifer Tschiicherins in den Abschlus des

#### deutsch-russischen Handelsvertrages

er allem als deutsche Beweise dafür, daß Deutschland der Welt wieder etwas gilt und etwas zu bieten vermag. bedeutet die Stärkung von Seiten Russlands zugleich ein Aktium in unserem politischen Haushalt, was man von der deutsch-nationalen Tollpatschigkeit leider nicht haupten kann.

#### Ueber die sogenannten

#### Kriegsfolgebüßler

die sich die Deutschen fast aller Parteien einig, nicht aber die wirkungslosste Art ihrer Bekämpfung. Wir erwarten die Klärung dieser Frage einzig von der wissenschaftlichen Forschung; die Deutschnationalen ansehend, sonst hätten sie sich an dieser Arbeit intensiver beteiligt. Wenn man aber das Heil von einer diplomatischen

Reichsminister a. d. Reichsregierung  
**Hugo Preuß**  
(Eig. Telegramm.)

Wir erhalten soeben die Nachricht, daß Minister Preuß vergangener Nacht plötzlich verstorben ist.



ischen Aktion erhofft, dann sollte man diese Offensive etwas weniger ungeschickt beginnen, als es hier geschehen ist. So lange die Deutschnationalen die Erfüllungspolitik mitmachen, ging alles glatt vonstatten. Als die Regierung zum ersten Male ihren Wünschen und Direktiven folgte, haben wir eine peinliche außenpolitische Niederlage erlebt. Wäre die Konferenz an dieser einzig auf die deutsch-nationalen Wähler berechneten Weise gescheitert, es wäre dieser verantwortungsbehafteten Partei nur lieb gewesen; denn das hätte sie nur aus einer fatalen Zwangslage befreit. Was liegt ihr an der Verbrüderung Europas? Was ist ihr Gebuda? Man wundert sich über-

folchen Wert auf das Reinwaschen, den sie sonst garnicht als solchen in Entfestigung eines für „nationale“ Krieges doch keineswegs, wohl uns für ein Verbrechen! Daher die Klärung dieser Frage viel besser, denen der Krieg und seine Anflüche Verbrechen bedeuten. Unter Vorwürfe der Urheberlichkeit am ist unter Beifrieden. Die Deutschen, wie der Elefant im Porzellanladen, wei getrampt, was in mühevoller Arbeit bisher aufgebaut wurde. Die Zeitung“ ruft aus: blamiert, grenzenlos blamiert, sind noch dabei stolz auf das, was erreicht haben!“ Diejelbe „D. Z.“ daß das Kabinett Bauers-Graberger einen weit nutzungsvoolleren Protekt gegen die Kriegsschuldfrage losgelassen habe, als die jetzige „nationale“ Regierung. Wir haben uns selten dermaßen in Entlang mit der „D. Z.“ befinden und wünschen nur noch ergänzend hinzufragen, daß vor allem das Kabinett Bauers- ebenso wie früher die Regierung Marx — nicht die grenzenlose Torheit begangen haben, die Alliierten zu einer Antwort und folglich zu einer erneuten Befestigung auf die Kriegsschuldfrage des Versailleser Vertrages zu veranlassen. Das „Gewissen“ nennt den Schritt in der Schuldfrage einen „großen Reinfall“ und fragt hinzu: „Alle Ausrede, daß die Verbalnote als einseitiger Akt keine Rücksicht auf die unerbittliche Behandlung von außen zu nehmen brauche und man mit einer solchen lauberen Reaktion der Gegner auf alle Fälle rechnete, ist eben unpolit-